



tirol

77. Jahrgang / August 2004

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|---|--|
| <p>27. <i>Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen</i></p> <p>28. <i>Verwaltungsgerichtshof zur Vertretung einer Gemeinde und Erteilung einer Vollmacht</i></p> <p>29. <i>Entsorgung von organischen Küchen- und Kantinenabfällen</i></p> | <p>30. <i>Aus der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes: Zum Einkommensbericht nach Art. 1 § 8 des Bezügebegrenzungsgesetzes</i></p> <p>31. <i>Aus der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes: Kein Bordell im Wohngebiet</i>
<i>Verbraucherpreisindex für Juni 2004 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|---|--|

27.

Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen

1. Anträge

Anträge können nur Gemeinden und Gemeindeverbände stellen.

Im Antrag sind das Haushaltsjahr, der Zweck und die angesprochene Bedarfszuweisung zu bezeichnen.

Im Antrag sind das Vorhaben zu beschreiben, der Ausführungszeitraum zu nennen, die Gesamtkosten, im Falle eines in zwei oder mehreren Jahren auszuführenden Vorhabens auch die auf die einzelnen Jahre entfallenden Teilkosten, zu beziffern und die Gesamtfinanzierung, im Falle eines in zwei oder mehreren Jahren auszuführenden Vorhabens auch die auf die einzelnen Jahre entfallende Teilfinanzierung, darzustellen.

Im Antrag sind die im nächsten Haushaltsjahr und den zwei folgenden Kalenderjahren geplanten Vorhaben, gereiht nach der ihnen vom Gemeinderat zugemessenen Dringlichkeit, jeweils mit der Bezeichnung des Vorhabens, der für die Ausführung vorgesehenen Zeit und den voraussichtlichen Kosten, anzugeben.

Im Antrag sind allenfalls Gemeindenübergreifende oder regionale Auswirkungen des Vorhabens und multifunktionale Nutzungen hervorzuheben. Nach Möglichkeit sind Kostenvoranschläge, die auch auf die Folgekosten eingehen, Raum- und Funktionsprogramme, die auch eine sinnvolle Mehrfachnutzung erkennen lassen, und dergleichen anzuschließen.

Im Antrag sind schließlich die örtlichen Abgabensätze, insbesondere die Hebesätze für die Grundsteuer A und B, der Erschließungsbeitragssatz und die Gebührensätze der einmaligen und laufenden Benützungsgebühren für Wasser und Kanal, anzugeben; wer-

den zum Erschließungsbeitrag und/oder zu den Benützungsgebühren für Wasser und Kanal verlorene Zuschüsse gewährt, sind diese offen zu legen. Außerdem ist nachvollziehbar darzustellen, ob und inwieweit die Gemeinde ihren Aufgaben in der örtlichen Raumordnung, namentlich in Bezug auf das örtliche Raumordnungskonzept und den Flächenwidmungsplan, in der Vorhaltung der Infrastrukturen für die Versorgung mit Wasser, für die Entsorgung von Abwasser und Abfällen, für Kinderbetreuung und Schule, für den Verkehr, für die Bestattung der Toten und dergleichen, nachgekommen ist.

Anträge sind bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft einzubringen.

2. Antragsfristen

Anträge für das folgende Haushaltsjahr und spätere Haushaltsjahre sind längstens bis 15. September des laufenden Jahres einzubringen.

Anträge für das laufende Haushaltsjahr und nach dem 15. September für das folgende Haushaltsjahr dürfen ausnahmsweise nur dann gestellt werden, wenn der finanzielle Engpass durch ein Ereignis ausgelöst wurde, welches trotz gehöriger Sorgfalt nicht vorhergesehen oder abgewendet werden konnte.

Anträge sind jedenfalls vor Beginn der Ausführung des Vorhabens einzubringen.

3. Prüfung der Anträge

Die Prüfung der Anträge obliegt der Bezirkshauptmannschaft im Einvernehmen mit der Abteilung Gemeindeangelegenheiten.

Es ist insbesondere zu prüfen, ob und inwieweit für die Finanzierung des Vorhabens eine Deckung aus dem ordentlichen Haushalt, eine Entnahme von Rücklagen, eine Fremdfinanzierung durch Kredit oder Leasing, ein verlorener Zuschuss von dritter Seite und dergleichen in Frage kommt. Bei der Prüfung der Dringlichkeit ist erforderlichenfalls eine Reihung vergleichbarer Vorhaben im Bezirk vorzunehmen. Dabei ist nach objektiven und nachvollziehbaren Maßstäben vorzugehen. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit ist in erster Linie von der möglichen Finanzausstattung bei Ausschöpfung aller zumutbaren Einnahmequellen auszugehen.

Die Gemeinden (Gemeindeverbände) sind verpflichtet, einschlägige Fragen der Bezirkshauptmannschaft bzw. der Abteilung Gemeindeangelegenheiten unverzüglich zu beantworten.

4. Zusicherung, Entscheidung, Auszahlung

Die Gemeindereferentin sichert der Gemeinde (dem Gemeindeverband) die Bedarfszuweisung schriftlich zu. In der Zusicherung werden die Gemeinde (der Gemeindeverband), das Haushaltsjahr, der Zweck und die Höhe der Bedarfszuweisung bestimmt. In die Zusicherung werden allenfalls erforderliche aufschiebende oder auflösende Bedingungen aufgenommen. Die Zusicherung kann aus wichtigen Gründen widerrufen werden.

Die Zusicherung stellt in ihrer rechtlichen Qualität eine Verwendungszusage dar, die die Gemeinde (den Ge-

meindeverband) in die Lage versetzen soll, mit der weiteren Planung des Vorhabens fort zu fahren bzw. mit der Ausführung des Vorhabens zu beginnen.

Wurde mit der Ausführung des Vorhabens begonnen, so fordert die zuständige Bezirkshauptmannschaft nach Maßgabe der Dringlichkeit und Bedürftigkeit und nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die von der Gemeindereferentin zugesicherten Bedarfszuweisungen bei der Abteilung Gemeindeangelegenheiten an. Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten erstellt im Einvernehmen mit der Gemeindereferentin den Regierungsantrag über die Gewährung der Bedarfszuweisungen. Über die Gewährung der Bedarfszuweisungen entscheidet die Landesregierung in kollegialer Beschlussfassung. Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten zahlt die mit Regierungsbeschluss gewährten Bedarfszuweisungen an die Gemeinde (den Gemeindeverband) aus.

Eine vorschussweise Auszahlung von Bedarfszuweisungen ist nur im Falle äußerster Dringlichkeit und Bedürftigkeit, namentlich in Katastrophenfällen, möglich. Die Entscheidung über die Gewährung eines Vorschusses ist der Gemeindereferentin vorbehalten.

Die bestimmungsgemäße Verwendung der Bedarfszuweisungen ist von der für die Wahrnehmung der Gemeindeaufsicht zuständigen Aufsichtsbehörde zu überprüfen.

Abteilung Gemeindeangelegenheiten
Zahl Ib-3809/40 vom 13. Juli 2004

28.

Verwaltungsgerichtshof zur Vertretung der Gemeinde und Erteilung einer Vollmacht

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich in seinem Erkenntnis vom 23. Juni 2003, Zahl 2003/17/0096, mit der Frage der Vertretung der Gemeinde und der Erteilung einer Vollmacht auseinandergesetzt.

Er hat in diesem Erkenntnis ausgeführt:

Mit Bescheid des Bürgermeisters der Gemeinde R vom 18. April 2002 wurde der Mitbeteiligten ein Erschließungsbeitrag nach dem Tiroler Verkehrsaufschlüsselungsgesetz vorgeschrieben.

Die Mitbeteiligte erhob Berufung.

Mit Bescheid des Gemeindevorstandes der Gemeinde R vom 7. Oktober 2002 wurde diese Berufung als unbegründet abgewiesen.

Dagegen erhob die Mitbeteiligte Vorstellung.

Mit dem nunmehr vor dem Verwaltungsgerichtshof angefochtenen Bescheid vom 14. Jänner 2003 gab die Landesregierung der Vorstellung der Mitbeteiligten Folge und hob den angefochtenen Berufungsbescheid des Gemeindevorstandes der Gemeinde R vom 7. Oktober 2002 auf.

Die Zustellung dieses Bescheides an die Gemeinde R erfolgte am 17. Jänner 2003.

Gegen diesen Bescheid richtet sich die vorliegende, von Rechtsanwalt Dr. K namens der Gemeinde R eingebrachte Beschwerde. Der einschreitende Beschwerdevertreter berief sich auf dem Rubrum des Beschwerdeschriftsatzes auf eine erteilte Vollmacht („Vollmacht erteilt“) und führte auf Seite 2 der Beschwerde näher aus, der Gemeinderat der Gemeinde R habe in seiner Sit-

zung vom 6. Februar 2003 unter Tagesordnungspunkt 9 beschlossen, die vorliegende Beschwerde zu erheben und ihn hiermit zu bevollmächtigen.

Mit Berichterverfügung vom 3. April 2003 erging gemäß § 10 Abs. 2 AVG in Verbindung mit § 62 Abs. 1 VwGG die Aufforderung, die Vollmacht des einschreitenden Beschwerdevertreters dem Verwaltungsgerichtshof binnen zwei Wochen vorzulegen.

Der Beschwerdevertreter legte sodann mit Schriftsatz vom 19. Mai 2003 eine mit 14. Mai 2003 datierte Vollmacht der Gemeinde R vor, in welcher es heißt, diese erteile ihm Prozessvollmacht und ermächtige ihn überdies, die Gemeinde in allen Angelegenheiten sowohl vor Gerichts-, Verwaltungs- und Finanzbehörden als auch außerbehördlich zu vertreten, Prozesse anhängig zu machen und davon abzustehen. Die Vollmacht ist vom Bürgermeister der Gemeinde R sowie von zwei weiteren Gemeindevertretern unterfertigt. Sie trägt einen Hinweis auf den Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde R in seiner Sitzung vom 6. Februar 2003.

Der Verwaltungsgerichtshof hat über die Zulässigkeit der Beschwerde erwogen:

Gemäß § 62 Abs. 1 VwGG gilt, soweit das VwGG nichts anderes bestimmt, in Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof das AVG.

§ 10 Abs. 1 und 2 AVG lauten:

„§ 10. (1) Die Beteiligten und ihre gesetzlichen Vertreter können sich, sofern nicht ihr persönliches Erscheinen ausdrücklich gefordert wird, durch eigenberechtigte natürliche Personen, juristische Personen, Personengesellschaften des Handelsrechts oder eingetragene Erwerbsgesellschaften vertreten lassen. Bevollmächtigte haben sich durch eine schriftliche, auf Namen oder Firma lautende Vollmacht auszuweisen. Vor der Behörde kann eine Vollmacht auch mündlich erteilt werden; zu ihrer Beurkundung genügt ein Aktenvermerk. Schreitet eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person ein, so ersetzt die Berufung auf die ihr erteilte Vollmacht deren urkundlichen Nachweis.

(2) Inhalt und Umfang der Vertretungsbefugnis richten sich nach den Bestimmungen der Vollmacht; hierüber auftauchende Zweifel sind nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts zu beurteilen. Die Behörde hat die Behebung etwaiger Mängel unter sinngemäßer Anwendung des § 13 Abs. 3 von Amts wegen zu veranlassen.“

§ 30 Abs. 1 erster und zweiter Satz der Tiroler Gemeindeordnung 2001 - TGO, LGBl. Nr. 36, lautet:

„§ 30

Aufgaben des Gemeinderates

(1) Der Gemeinderat ist das oberste Organ der Gemeinde. Er hat über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden und die Geschäftsführung der übrigen Gemeindeorgane zu überwachen.“

Der dritte Satz des § 30 Abs. 1 TGO enthält eine Aufzählung jener Angelegenheiten, über die der Gemeinderat insbesondere zu entscheiden hat. Die Erteilung von Vollmachten zur Erhebung von Verwaltungsgerichtshofbeschwerden ist darin nicht genannt.

§ 55 Abs. 1, 4 und 5 TGO lautet:

„§ 55

Vertretung der Gemeinde nach außen

(1) Der Bürgermeister vertritt die Gemeinde nach außen.

(4) Rechtsgeschäfte und sonstige Erklärungen, durch die die Gemeinde verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform, sofern nicht wegen der Geringfügigkeit oder der Art der Angelegenheit die mündliche Form üblich ist. Schriftstücke sind vom Bürgermeister zu unterfertigen. Liegt der Willensbildung der Beschluss eines kollegialen Gemeindeorgans zu Grunde, so ist darauf Bezug zu nehmen. In diesen Fällen ist das Schriftstück vom Bürgermeister und von je zwei Mitgliedern des betreffenden Gemeindeorgans zu unterfertigen.

(5) Verstößt ein Rechtsakt gegen den Abs. 4 oder liegt diesem der erforderliche Beschluss eines Gemeindeorgans nicht zu Grunde, so wird die Gemeinde daraus nicht verpflichtet.“

Zunächst ergibt sich aus § 55 Abs. 1 TGO, dass die Vollmachtserteilung an den Beschwerdevertreter durch den zur Vertretung der Gemeinde nach außen berufenen Bürgermeister zu erfolgen gehabt hätte. Der in der Beschwerde erwähnte Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde R in seiner Sitzung vom 6. Februar 2003 bewirkte daher für sich genommen keinesfalls eine Vollmachtserteilung an den Einschreiter, weil hier nicht das nach dem Gesetz zur Außenvertretung berufene Organ der Gemeinde tätig geworden ist (vgl. hiezu das zur insofern ähnlichen Bestimmung des § 54 Abs. 1 der Tiroler Gemeindeordnung 1966, LGBl. Nr. 4, ergangene hg. Erkenntnis vom 19. November 2002, Zl. 99/12/0166, und die dort zitierte Rechtsprechung).

Da sich der Beschwerdevertreter in seiner Beschwerde einerseits auf eine erteilte Vollmacht berufen hat („Vollmacht erteilt“), andererseits jedoch vorbrachte, seine

Vollmacht beruhe auf dem Beschluss des Gemeinderates vom 6. Februar 2003, wurde ihm gemäß § 10 Abs. 2 AVG in Verbindung mit § 62 Abs. 1 VwGG aufgetragen, die zu Grunde liegende Vollmacht vorzulegen.

Die nunmehr vorgelegte schriftliche Vollmacht wurde nun zwar von dem zur Vertretung der Gemeinde nach außen berufenen Bürgermeister erteilt, sie nimmt auch – offenbar im Hinblick auf § 55 Abs. 4 dritter und vierter Satz TGO (2001) – auf den Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde R in seiner Sitzung vom 6. Februar 2003 Bezug und enthält die Unterschriften zweier Gemeindevertreter.

Freilich datiert diese Vollmacht vom 14. Mai 2003. Nach ständiger Rechtsprechung des Verwaltungsgeschichtshofes ist aber für die Wirksamkeit einer durch einen Vertreter vorgenommenen fristgebundenen Verfahrenshandlung das Vorliegen einer entsprechenden Bevollmächtigung durch den Vertretenen zum Zeitpunkt der Verfahrenshandlung erforderlich (vgl. die hg. Erkenntnisse vom 26. Jänner 1982, Zl. 577/80, Slg. Nr. 10.641A/1982, vom 30. Jänner 1992, Zlen. 91/17/0101, 0102, und vom 25. Februar 1993, Zl. 92/18/0496). Erfolgt hingegen die Begründung des Vollmachtsverhältnisses zur Vertretung bei einer fristgebundenen Verfahrenshandlung erst nach Fristablauf, so bewirkt dies nicht die Rechtswirksamkeit der von dem noch nicht Bevollmächtigten seinerzeit gesetzten Verfahrenshandlungen (vgl. das hg. Erkenntnis vom 26. Mai 1986, Zl. 86/08/0016). Da im VwGG und in den Verwaltungsverfahrensgesetzen eine dem § 38 ZPO vergleichbare Regelung nicht getroffen ist, kommt die nachträgliche Genehmigung einer (bis dahin) von einem Scheinverteiler gesetzten fristgebundenen Verfahrenshandlung nicht in Frage (vgl. das hg. Erkenntnis vom 4. Juli 1989, Zl. 88/08/0290, sowie die hg. Erkenntnisse vom 27. Juni 1997, Zl. 95/19/1825, und vom 26. Juni 2002, Zl. 2001/04/0209).

Daraus folgt aber, dass die erst am 14. Mai 2003, also nach Ablauf der Beschwerdefrist vom hiezu berufenen Organ der Gemeinde erteilte Vollmacht nicht geeignet war, die Vertretungsbefugnis des Beschwerdevertreters zur Einbringung der vorliegenden Beschwerde namens der Gemeinde R zu begründen.

Schließlich ist dem Text der vorgelegten Vollmacht auch nicht zu entnehmen, dass damit eine dem Beschwerdevertreter durch den Bürgermeister schon vorher etwa mündlich erteilte Vollmacht beurkundet werden sollte.

Darüber hinaus wäre aber – und dadurch unterscheidet sich § 55 TGO (2001) von der Rechtslage nach § 54 Abs. 2 TGO 1966, welche insofern vergleichbare Regelungen lediglich für privatrechtliche Verpflichtungen der Gemeinde vorsah – eine bloß mündlich erteilte Vollmacht vorliegendenfalls im Hinblick auf § 55 Abs. 4 erster Satz TGO (2001) im Zusammenhalt mit § 55 Abs. 5 leg. cit. unwirksam. Nach der erstgenannten Bestimmung bedürfen nämlich Erklärungen, durch die die Gemeinde verpflichtet werden soll, der Schriftform, sofern nicht wegen der Geringfügigkeit oder der Art der Angelegenheit die mündliche Form üblich ist. Verstößt ein Rechtsakt gegen den Abs. 4, so wird die Gemeinde daraus gemäß § 55 Abs. 5 TGO nicht verpflichtet. Die hier in Rede stehende Vollmachtserteilung ist einer Erklärung, durch welche die Gemeinde verpflichtet werden soll, gleichzuhalten, weil sie zur Folge hätte, dass alle von der Vollmacht erfassten, vom Beschwerdevertreter namens der Gemeinde gesetzten Prozesshandlungen, also auch solche, die zu Verpflichtungen der Gemeinde führten, Letzterer zuzurechnen wären. Es ist auch nicht erkennbar, dass in Ansehung einer Vollmachtserteilung wie der gegenständlichen – welcher sogar eine Beschlussfassung durch den Gemeinderat zu Grunde lag – wegen der Geringfügigkeit oder der Art der Angelegenheit die mündliche Form üblich wäre. Daraus wiederum folgt, dass eine durch die vorgelegte Vollmacht etwa bloß beurkundete vorangegangene mündliche Vollmachtserteilung durch den Bürgermeister an den Beschwerdevertreter mangels Einhaltung der in § 55 Abs. 4 erster Satz TGO vorgesehenen Schriftform deswegen unwirksam wäre, weil ihr Inhalt untrennbar ist und daher in sich schließt, dass die Gemeinde im gedachten Falle ihrer Wirksamkeit durch Handlungen des Bevollmächtigten auch verpflichtet würde. Stand aber § 55 Abs. 4 erster Satz TGO der Wirksamkeit einer mündlichen Vollmacht solcherart entgegen, so bedeutet dies für den vorliegenden Fall, dass die Rechtshandlungen des namens der Gemeinde einschreitenden Rechtsanwaltes aufgrund einer diesem – allenfalls – vom Bürgermeister zwar rechtzeitig, jedoch bloß mündlich erteilten Vollmacht eben nicht zurechenbar wären, weil jedenfalls nicht ausgeschlossen werden könnte, dass der Gemeinde hieraus Pflichten (und nicht bloß Rechte) erwachsen.

Die namens der Gemeinde erhobene Beschwerde war daher zurückzuweisen.

29.

Entsorgung von organischen Küchen- und Kantinenabfällen

1. Einleitung:

1.1 Am 17. November 2003 wurde an die Abt. Umweltschutz eine Anfrage im Zusammenhang mit einem Produkt für die Entsorgung von biogenen/organischen Abfällen herangetragen. Dabei erfolgt die Behandlung der organischen/biogenen Abfällen (Küchenabfälle) dahingehend, dass sie zerkleinert werden und danach eine Feststoff-Flüssigkeitstrennung durchgeführt wird. Die anfallende Flüssigkeit wird in die Kanalisation eingeleitet.

Dazu erfolgten die rechtlichen Äußerungen vom 27. November 2003, Zl. U-3431a/116. (vgl. Merkblatt für die Gemeinden Tirols, 77. Jahrgang/Jänner 2004).

Ergänzend dazu erfolgte über Anfrage der Abfall Tirol Mitte GmbH nochmals eine schriftliche Stellungnahme vom 26. Februar 2004, Zl. U-3431a/128. (vgl. Merkblatt für die Gemeinden Tirols, 77. Jahrgang/März 2004).

1.2 In der 26. Kalenderwoche wurden beim Referat Abfallwirtschaft der Abt. Umweltschutz verschiedene Unterlagen zu diesem Thema übermittelt. Insbesondere findet sich dabei eine Abhandlung des Amtes für Umweltschutz Graubünden zur „Speiseabfallkompaktierung im Oberengadin“.

Diese Unterlagen enthalten Informationen, die im Zeitpunkt der Abfassung der in Kapitel 1 zitierten Rechtsauskünfte nicht vorhanden waren.

Aus diesem Grund wird zu diesem Thema nochmals eine rechtliche Stellungnahme abgegeben.

2. Entwässerungsanlage für Gastronomieabfälle unter dem Gesichtspunkt des Abfallrechts:

2.1 Allgemeines:

Es lassen sich im Zusammenhang mit den in der Gastronomie und in Kantinen anfallenden biogenen Abfällen drei Formen der „Abfallbehandlung“ unterscheiden:

- Es werden die auf Tellern etc. sich befindlichen biogenen Abfälle unter Verwendung eines Wasserstrahls entfernt und über ein Sieb geleitet. Die Feststoffe verbleiben im Sieb, das Wasser wird in die Kanalisation eingeleitet.
- Die Abfälle werden zerkleinert und in zerkleinerter Form in die Kanalisation entsorgt.
- Es werden Anlagen eingesetzt, die durch Zerkleinern, Pressen und/oder Zentrifugieren zu einer Trennung der Fest- und Flüssigkeitsfraktion führen.

2.2 Reinigung der Teller mittels Wasser:

Das Reinigen der Teller mittels Wasser und das Auffangen der dabei anfallenden festen biogenen Abfälle in einem Sieb ist nicht als Abfallbehandlung zu qualifizieren. Die Einleitung dieses Wassers widerspricht auch nicht den einschlägigen wasserrechtlichen Vorschriften.

Es liegt somit keine bewilligungspflichtige Abfallbehandlung sowie Einleitung in die Kanalisation vor.

2.3 Zerkleinerung von Abfällen:

Die bloße Zerkleinerung von biogenen/organischen Abfällen und die anschließende Einleitung in die Kanalisation ist als unzulässige Abfallentsorgung zu qualifizieren. Die bloße Zerkleinerung ändert nichts an der rechtlichen Qualifikation der biogenen Materialien als Abfälle. Eine Entsorgung von Abfall widerspricht jedoch eindeutig den abfallrechtlichen Vorschriften, wie etwa § 15 Abs. 5 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 43/2004.

2.4 Entwässerungsanlagen:

Nach den der Abt. Umweltschutz in der 26. Kalenderwoche vorgelegten Unterlagen ist Ziel solcher Anlagen eine Trennung der Fest- und Flüssigkeitsfraktion durch Zerkleinern, Pressen und/oder Zentrifugieren. Durch diese Vorgänge entsteht ein zerkleinerter, mit Wasser vermengter Bioabfall, aus dem 99% des Feststoffes zurückgehalten werden. Dieser Feststoff kann in weiterer Folge in Kompostier- oder Biogasanlagen eingesetzt werden. Für die Einleitung der abgetrennten Wässer aus derartigen Anlagen (physikalische Abfallbehandlungsanlagen) ist die 9. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der physikalisch-chemischen oder biologischen Abfallbehandlung (AEV Abfallbehandlung), BGBl. II – ausgegeben am 12. Jänner 1999 – Nr. 9, anzuwenden.

Die eben beschriebene Aufarbeitung von biogenen Materialien ist als Abfallbehandlung im Sinne des § 2 Abs. 5 Z. 1 AWG 2002 zu qualifizieren. Diese „Entwässerungsanlagen“ stellen somit Abfallbehandlungsanlagen im Sinne des § 2 Abs. 7 Z. 1 AWG 2002 dar.

In Abstimmung mit Biogas- und Kompostieranlagen wird auch diese Abfallbehandlung als ausschließliche stoffliche Verwertung von nicht gefährlichen Abfällen

qualifiziert. Sofern solche Anlagen in Betrieben eingesetzt werden, die den § 74 ff Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994), BGBl. Nr. 194/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 109/2003 unterliegen, sind sie nach der GewO 1994 zu bewilligen. Sollte dies nicht der Fall sein, wie etwa bei Krankenhäusern, bedarf es einer

Bewilligung nach § 37 Abs. 1 AWG 2002, zuständige Behörde ist der Landeshauptmann von Tirol.

In dem Verfahren nach GewO 1994 bzw. dem AWG 2002 sind auch die wasserrechtlichen Bestimmungen im Hinblick auf die Einleitung der bei dieser Behandlung entstehenden Abwässer zu prüfen.

Abteilung Umweltschutz
Zahl U-3431a/147 vom 28. Juni 2004

30.

Aus der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes: Zum Einkommensbericht nach Art. I § 8 des Bezügebegrenzungs-gesetzes

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 28. November 2003, Zahl KR 1/00, zur Frage des Einkommensberichtes nach Art. I § 8 des Bezügebegrenzungs-gesetzes nunmehr eine Grundsatzentscheidung gefällt.

Dabei ging es darum, ob die im Bezügebegrenzungs-gesetz für alle Stellen und Unternehmen, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen, vorgesehene Veröffentlichung von Einkommensberichten verfassungsrechtlich zulässig ist und ob der Rechnungshof zu diesem Zweck in die Unterlagen dieser Einrichtungen Einsicht nehmen darf. In den besagten Einkommensberichten sollten die Bezieher höherer Einkommen – die Grenze liegt dabei bei rund 5.500 Euro/Monat – namentlich und mit der Höhe ihres jeweiligen Bezuges genannt werden.

Konkret ging es im „leading case“ um den ORF. Dieser wollte dem Rechnungshof die Einsicht in die Gehaltslisten leitender Angestellter nur unter der Bedingung ermöglichen, dass diese personenbezogenen Daten im Bericht des Rechnungshofes nicht veröffentlicht werden. Diese Bedingung konnte der Rechnungshof naturgemäß nicht akzeptieren und so verweigerte der ORF die Einsicht. Der Rechnungshof stellte daraufhin an den Verfassungsgerichtshof den Antrag, er solle die Einsichtnahme und die Veröffentlichung durch den Rechnungshof für zulässig erklären.

Ähnliche Verfahren strengte der Rechnungshof gegenüber anderen Stellen an, darunter das Land Niederösterreich, einige Gemeinden, die Österreichische Nationalbank, die AUA und die Steirische Wirtschaftskammer. Die kontrollierten Gebietskörperschaften und Unternehmen hatten insbesondere eingewendet, der Veröffentlichung stehe das Datenschutzrecht der EU entgegen.

Der Verfassungsgerichtshof hat nun – nach vorheriger Befassung des Europäischen Gerichtshofes – im Wesentlichen folgende Entscheidung getroffen:

1) Dem Rechnungshof ist es erlaubt, in sämtliche Unterlagen betreffend Bezüge und Ruhebezüge (also auch in die Gehaltslisten) jener Unternehmen, die er zu kontrollieren hat, Einsicht zu nehmen.

2) Allerdings ist es dem Rechnungshof nicht erlaubt, die Namen der Bezugsempfänger unter Anführung ihrer jeweiligen Bezüge zu veröffentlichen.

Die Verfassungsrichterinnen und -richter hatten die europarechtliche Frage in einem so genannten „Vorabentscheidungsverfahren“ dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorgelegt. Sie wollten wissen, ob das Gemeinschaftsrecht einer Veröffentlichung der Gehaltslisten entgegensteht. Der EuGH hielt in seiner Entscheidung fest, dass der Verfassungsgerichtshof anhand des Artikels 8 der Menschenrechtskonvention (Schutz der Privatsphäre) prüfen muss, ob eine solche Veröf-

fentlichung „notwendig“ und „verhältnismäßig“ ist, um eine effiziente Verwendung öffentlicher Mittel sicher zu stellen.

Der Verfassungsgerichtshof hat nun entschieden, dass ein so schwerer Eingriff in den Datenschutz, wie ihn die namentliche Veröffentlichung von Bezügen darstellen würde, im Sinne der Entscheidung des EuGH nicht zu rechtfertigen ist. Eine solche Offenlegung sei zur effizienten Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel

durch den Rechnungshof vor allem deshalb nicht notwendig und angemessen, weil der Rechnungshof im Rahmen seiner Gebarungskontrolle in alle Daten der Unternehmen (daher auch in die Gehaltslisten) Einsicht nehmen und bei seiner Berichterstattung allfällige Missbräuche aufzeigen kann. Und zwar auch ohne in so starker Weise in die Privatsphäre der Gehaltsempfänger einzugreifen, wie dies durch die Veröffentlichung von Gehaltslisten geschehen würde.

31.

Aus der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes: **Kein Bordell im Wohngebiet**

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich in seinem Erkenntnis vom 27. November 2003, Zahl 2002/06/0091, mit der Frage der Zulässigkeit eines Bordells in einem allgemeinen Wohngebiet (Steiermark) auseinandergesetzt.

Einem Gastwirt wurde die beantragte Baubewilligung für die Änderung der Nutzung und den Umbau seines Gebäudes verweigert, weil der im umgebauten Gebäude beabsichtigte Bordellbetrieb im „allgemeinen Wohngebiet“ unzulässig wäre. Der Wirt wandte sich unter anderem mit dem Argument an den Verwaltungsgerichtshof, der Betrieb eines Bordells widerspreche keineswegs dem Wohncharakter eines Gebietes, da – im Gegensatz zu Diskotheken, die generell einen gewissen Lärmpegel verursachen – es charakteristisch für Bordelle sei, dass es deren Besucher geradezu anstreben, leise und unerkannt an die Stätte ihres beabsichtigten Wirkens zu gelangen und daher in keiner Weise eine Belästigung für die Umwelt darstellen könnten.

Der Verwaltungsgerichtshof wies die Beschwerde ab. Die hier vorliegende Flächenwidmung „allgemeines Wohngebiet“ nach dem Steiermärkischen Raumordnungsgesetz ist vornehmlich für Wohnbauten be-

stimmt, wobei auch Gebäude errichtet werden können, die den wirtschaftlichen, sozialen, religiösen und kulturellen Bedürfnissen der Bewohner von Wohngebieten dienen (das Gesetz nennt beispielsweise Verwaltungsgebäude, Schulgebäude, Kirchen, Krankenanstalten, Kindergärten, Garagen, Geschäfte, Gärtnereien, Gasthäuser und Betriebe aller Art, soweit sie keine dem Wohncharakter des Gebietes widersprechenden Belästigungen der Bewohnerschaft verursachen). Hingegen sähe die hier nicht gegebene Flächenwidmung „Kerngebiet“ auch die Errichtung von „Vergnügungsstätten“ vor.

Ein Bordell ist eine „Vergnügungsstätte“ und demnach kein auch im Wohngebiet zulässiges „Gasthaus“, weil bei einem „Bordell“ der sexuelle Lustgewinn die Eigenart des Betriebes dominiert, und nicht der Genuss von Speisen und/oder Getränken. Wenn aber die Betriebstypen „Bordell“ im Allgemeinen Wohngebiet jedenfalls unzulässig ist, kann es auf sich beruhen, ob durch den Betrieb des „Bordells“ dem Wohncharakter des Gebietes widersprechende Belästigungen verursacht würden und er (auch) deshalb unzulässig wäre.

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR JUNI 2004**
(vorläufiges Ergebnis)

	Mai 2004 (endgültig)	Juni 2004 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	107,9	108,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	113,5	113,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	148,5	149,0
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	230,8	231,7
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	405,1	406,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	516,1	518,0
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	517,7	519,6

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Juni 2004 beträgt 108,3 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Mai 2004 (107,9 endgültige Zahl) um 0,4% gestiegen (Mai 2004 gegenüber April 2004: 0,5%). Gegenüber Juni 2003 ergibt sich eine Steigerung um 2,3% (Mai 2004/2003: +2,1%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck